

Landtag Nordrhein-Westfalen	V	APr 14/327
Haushalts- und Finanzausschuss		14.12.2006
36. Sitzung (öffentlich)		ei-beh

Seite

<b>7</b>	<b>Verschiedenes</b>	20
----------	----------------------	----

**a) Stiftung Umwelt und Entwicklung**

Die unter TOP 3 geführte Diskussion über die Stiftung Umwelt und Entwicklung wird fortgesetzt. Die von der Landesregierung gegebenen Informationen sollen noch schriftlich ergänzt werden.

<b>b)</b>	<b>Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen</b>	26
-----------	--	----

<b>c)</b>	<b>Föderalismusreform II</b>	26
-----------	------------------------------	----

\*\*\*\*\*

## Aus der Diskussion

### 1 **Gesetz zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2840

Stellungnahmen 14/703 und 14/706

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Die zu diesem Tagesordnungspunkt geführte **Generalaussprache** ist im Wesentlichen im Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/3070, Seiten 4 bis 6, wiedergegeben. Auf eine Wiedergabe in diesem Protokoll wird daher verzichtet.

Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Der **Ausschuss** fasst einstimmig den auf Seite 6 der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3070 aufgeführten Bereinigungsbeschluss.

In der Schlussabstimmung empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf Drucksache 14/2840 unverändert anzunehmen, und bestimmt Ausschussvorsitzende Anke Brunn zur Berichterstatteerin.

### 2 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2302, 14/2850 und 14/2884

Vorlagen 14/614, 14/760 und 14/826

Vorlage 14/693 (Ergebnis des Berichterstatteergesprächs)

Vorlage 14/823 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

**Ewald Groth (GRÜNE)** wiederholt seine Frage aus der Anhörung am 27.11.2006, inwieweit im Zusammenhang mit dem Wegfall des Solidarbeitragsgesetzes Überzahlungen durch die Gewerbesteuerumlage vorhanden seien und ob dazu eine Abrechnung vorliege. Die Antwort sei für die heutige Sitzung zugesagt worden.

**Vorsitzende Anke Brunn** verweist auf die Vorlage 14/826 des Finanzministeriums vom 08.12.2006, in der diese Frage beantwortet werde.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** betont, die Kommunen verfügten in vielen Bereichen über eine hohe Sachkompetenz und könnten vieles selber regeln, wenn man sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatte.

In Zusammenhang mit der Diskussion über die Höhe der tatsächlichen Steuereinnahmen des Landes im Jahre 2006 sei wiederholt kritisiert worden, dass offenbar aus taktischen Gründen zu den tatsächlichen Einnahmen nichts gesagt werde, um von den Kommunen einen erhöhten Konsolidierungsbeitrag verlangen zu können.

SPD und Grüne hätten mehrfach den Anteil der Kommunen an der Grunderwerbsteuer thematisiert: Es mache keinen Sinn, den Gemeinden einen besonderen Konsolidierungsbeitrag abzuverlangen und gleichzeitig die Nettoeinnahmen der Gemeinden aus dem letzten Haushaltsjahr und dem aktuellen Entwurf miteinander zu vergleichen. Aufgrund der Kreditierung wichen die Zahlen stark voneinander ab, aber eine substantielle Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden ergebe sich dadurch nicht. Den Gemeinden sei dennoch in zahlreichen Pressemitteilungen der Mehrheitsfraktionen vorge-rechnet worden, dass sie angeblich mehr Geld erhalten hätten. Dabei sei unterschlagen worden, dass das System umgestellt worden sei. Auch die kommunalen Spitzenverbände hätten immer wieder auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

Angesichts der hohen Bedeutung, die das Land der kommunalen Ebene zumesse, sei der Sinn des Spieles „rechte Tasche – linke Tasche“ hier überhaupt nicht zu verstehen; denn die Verschuldung der Gemeinden und die Verschuldung des Landes seien für die Bürgerinnen und Bürger keine unterschiedlichen Sachverhalte. Die Gemeinden zugunsten des Landeshaushaltes weiter in die Armut zu treiben, sei keine nachhaltige Politik und keine Konsolidierungspolitik.

Diese Landesregierung habe durch ihre Haushaltspolitik – er nenne die Stichworte Elternbeitragsdefizitausgleich, Krankenhausfinanzierung – dazu beigetragen, das ohnehin schwierige Wirtschaften in den Kommunen weiter zu erschweren. Als kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion habe er den Innenminister bezüglich der Situation in den Städten und Gemeinden befragt. Aus der von ihm übersandten Übersicht gehe hervor, dass sich die strukturelle Situation der Städte und Gemeinden eher verschlechtert habe. Insofern sei die Systemumstellung des GFG eine Mogelpackung zulasten der Gemeinden, und dem werde seine Fraktion natürlich nicht zustimmen.

Nach Aussage von **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** hat sich bereits im letzten Haushalt angedeutet, dass diese Strategie der Landesregierung dazu führe, dass die Kommunen noch schlechter gestellt würden. Das werde insbesondere am Haushaltsentwurf 2007 deutlich. Die Grunderwerbsteuer mit 160 Millionen € sei ein eklatantes Beispiel. Die Tendenz werde offensichtlich fortgesetzt.

Bezüglich der Verwaltungsstrukturreform, die in der ersten Ergänzungsvorlage eine besondere Rolle spiele, sei noch kein konkretes Umsetzungskonzept erkennbar. Vieles werde wahrscheinlich sogar noch teurer werden. Die Experten in der Anhörung hätten

von Intransparenz gesprochen und massive Kritik geäußert. Das Ganze sei unausgegoren und gehe zulasten der Kommunen.

**Ewald Groth (GRÜNE)** kommt auf seine Frage zum Wegfall der Einheitslasten zurück und bezeichnet die Antwort der Landesregierung als unbefriedigend. In Vorlage 14/826 heiße es, dass nicht berechnet werden könne, inwieweit die Kommunen durch die erhöhte Gewerbesteuerumlage an der Finanzierung der Einheitslasten beteiligt würden.

Er möchte vom Finanzminister wissen, inwieweit die Kommunen aufgrund der erhöhten Gewerbesteuerumlage im Jahre 2007 mehr tragen müssten als in den beiden Jahren davor. Eine genaue Darstellung der Aufteilung der Einheitslasten auf Land und Kommunen müsse möglich sein. Zu der Zeit, als das Gewerbesteueraufkommen eingebrochen sei, sei die Umlage gesunken, und die Einheitslasten seien extra abgerechnet worden. Diese Spitzabrechnung gebe es nicht mehr. Das zeige eindeutig, dass sich das Land aus der Finanzierung mehr und mehr zurückziehen und die Lasten auf die Kommunen abwälzen wolle. Er bestehe auf Transparenz und erwarte eine adäquate Antwort auf die Frage, wie die Anteile tatsächlich verteilt würden.

**Volkmar Klein (CDU)** entgegnet, die von seinem Vorredner angesprochene Frage sei intensiv diskutiert worden. Selbstverständlich könne präzise errechnet werden, wie hoch der Beitrag der Kommunen über die erhöhte Gewerbesteuerumlage sei. Nicht ausgerechnet werden könne allerdings – darauf weise der Finanzminister in seiner Vorlage zu Recht hin, und zu diesem Ergebnis sei auch der Haushalts- und Finanzausschuss im letzten Jahr gekommen –, wie viel die Einheitslasten für Nordrhein-Westfalen insgesamt ausmachten, weil seit 1995 eine Reihe von Rechtsänderungen eingetreten seien.

Für die Kommunen sei wichtig, was „hinten herauskomme“. In der Tat kämen bei den Kommunen 900 Millionen € mehr vom Land an. Völlig richtig sei der Hinweis, dass durch den Wegfall der Kreditierungsbeträge im Jahr zuvor davon 674 Millionen € sozusagen automatisch verbucht werden könnten. Aber trotz der Umstellung bei der Grunderwerbsteuer verblieben immer noch 226 Millionen € zusätzlich für die Kommunen. Darüber könnten noch so viele Taschenspielertricks nicht hinwegtäuschen.

**Ewald Groth (GRÜNE)** betont, zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung sei stets vernünftig abgerechnet worden, und das sei nunmehr unter einer schwarz-gelben Landesregierung offensichtlich nicht mehr möglich. Im ersten Jahr diene die Überzahlung der Stärkung des Verbundsatzes, und im nächsten Jahr werde darüber überhaupt nicht mehr geredet. Dass der Verbundsatz auch einmal ansteigen könnte, werde gar nicht erst erwogen. Das stimme ihn sehr misstrauisch.

Diese Frage werde in der kommunalen Szene sicherlich eine Rolle spielen. Bei der Finanzlage, in der sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen befänden, seien sie mit Sicherheit nicht willens, auf Dauer auf die entsprechenden Beträge zu verzichten. Deshalb werde man den Verbundsatz entsprechend anpassen müssen.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** legt dar, Herr Klein rechne den Kommunen den ihnen zustehenden Anteil der Steuermehreinnahmen sozusagen negativ an und begründe damit

den „Rollgriff“ in die kommunalen Kassen. Besonders dramatisch wirke sich dies hinsichtlich der Grunderwerbsteueranteile aus, weil dies die Kommunen dauerhaft treffe. Man könne darüber diskutieren, ob man den Kommunen einmalig weitere Konsolidierungsbeiträge auferlege, auch wenn er dies für ungerecht halte. Bei der Grunderwerbsteuer allerdings sei ein Systemwechsel unabhängig vom Konjunkturverlauf vorgenommen worden, weil man den Kommunen dauerhaft einen Bestandteil der kommunalen Einnahmen wegnehme.

Im Übrigen argumentierten die kommunalen Spitzenverbände genauso, und diese stünden sicherlich nicht in dem Verdacht, „sozialdemokratische Vorfeldorganisationen“ zu sein.

Nach Ansicht von **Winfried Schittges (CDU)** muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass von Repräsentanten des Innenministeriums früherer Tage des Öfteren argumentiert worden sei, die Kommunen hätten letztendlich ein größeres Vermögen als das Land. Darauf wolle er, Schittges, keineswegs zugreifen, wolle es aber dennoch erwähnen und darum bitten, nicht den Überblick zu verlieren, wenn es um das Verhältnis der Gesamtverschuldung des Landes zur Vermögenslage der Kommunen gehe. Er gebe Herrn Körfges lediglich insoweit Recht, als die Kommunen in der Vergangenheit in der Tat mehr als das Land gespart hätten.

Bei der Frage, wie das geringe Haushaltsvolumen sinnvoll aufgeteilt werden könne, befinde sich die Landesregierung auf dem richtigen Weg. Der GFG-Entwurf zeige, dass das Land den Kommunen die notwendige Fairness entgegenbringe.

**Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** räumt ein, dass das Land von den Kommunen im Jahre 2007 einen Solidaritätsbeitrag einfordere, wie man ihn von allen Gruppen verlange. Im Haushaltsjahr 2006 sei dies wegen der Rückzahlung nicht möglich gewesen. Richtig sei überdies, dass man strukturelle Eingriffe vorgenommen habe, die fortwirkten. Das werde mit den kommunalen Spitzenverbänden auch ganz offen kommuniziert.

Natürlich gehe es den Kommunen nicht besonders gut. Allerdings müsse man in der gegenwärtigen finanzpolitischen Situation den Wettbewerb darum aufnehmen, wem es schlechter gehe. Seit 1995 hätten die Kommunen ihre Schulden von 28 auf 36 Milliarden € erhöht, das Land in derselben Zeit von 62 auf 110 Milliarden €.

Für die Finanzsituation der Kommunen habe man – das könne er nur bestätigen – als Oppositionspolitiker sehr viel mehr Verständnis als für die Lage des Landes. Eine Landesregierung allerdings müsse gerecht abwägen. Nicht umsonst heiße es, dass das Land den Kommunen Mittel „im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes“ zu geben habe.

Er habe großes Verständnis dafür, dass die kommunalpolitischen Sprecher der Oppositionsfractionen in dieser Debatte Klage führten, wundere sich allerdings, dass sich die finanzpolitischen Sprecher der Oppositionsfractionen nicht zu Wort meldeten.

So, wie er es heute sehe, seien die Eingriffe, die man jetzt vornehme, für diese Legislaturperiode auch die letzten.

**Ewald Groth (GRÜNE)** zitiert aus Vorlage 14/826, in der der Finanzminister versichere, das Land werde „auf eine Austarierung nach beiden Seiten ein Augenmerk behalten“, und es komme „insbesondere auf das Finanzkraftverhältnis zwischen Land und Kommunen an“. Dazu könne er nur feststellen, dass dies vonseiten des Landes nach Gutherrenart geschehe. In diesem Zusammenhang halte er es auch für niveaulos, mit dem Vermögen der Kommunen zu argumentieren. Die Kommunen könnten schließlich nicht ihre Straßen verkaufen. Ebenso niveaulos sei es, die Verschuldung der Kommunen mit der des Landes in Relation zu setzen. Bekanntlich gebe es unterschiedliche Regelungen für Land und Kommunen; ein Blick auf die Kassenkredite mache deutlich, dass sich zahlreiche Kommunen an der Grenze des Möglichen befänden.

In der Schlussabstimmung zur zweiten Lesung empfiehlt der **Ausschuss** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksachen 14/2302, 14/2850 und 14/2884 – unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform anzunehmen, und bestimmt Martin Börschel (SPD) zum Berichterstatter.

### **3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884 und 14/2990  
Drucksache 14/2301 (Finanzbericht 2006 bis 2010)

Vorlage 14/618 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2007 und 2006)

Vorlagen 14/672, 14/681 bis 14/692, 14/694, 14/695 und 14/777 (Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 14/800, 14/802 bis 14/812, 14/814 bis 14/817, 14/820 und 14/821 (Berichte der Fachausschüsse)

Aufgerufen sind ferner alle zum Haushalt eingegangenen weiteren Vorlagen und Zuschriften

#### **a) Auswertung der öffentlichen Anhörung zur zweiten Ergänzungsvorlage vom 11. Dezember 2006**

Ausschussprotokoll 14/320

Die **Ausschussdebatte** zur Auswertung der Anhörung ist im Wesentlichen im Ausschussbericht Drucksache 14/3000, Seiten 3 bis 6, wiedergegeben. Auf ihre Wiedergabe in diesem Protokoll wird daher verzichtet.

## b) Abschließende Beratung und Abstimmung

*(Die gestellten Änderungsanträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind den Berichten des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008, 14/3010 bis 14/3015 und 14/3020 – zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)*

### **Einzelplanübergreifende Anträge und Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**

**Rüdiger Sagel (GRÜNE):** Ich wollte ein paar Worte zur Stiftung Umwelt und Entwicklung sagen. Stiftungsratsvorsitzender ist der Ministerpräsident höchstpersönlich. Außerdem sitzen dort unter anderem die Minister Laschet und Uhlenberg. Es ist schon wirklich erstaunlich, dass ausgerechnet bei dieser Stiftung, in der der Ministerpräsident den Vorsitz hat, jetzt massiv gekürzt wird. Es ist übrigens eine Stiftung, die die niedrigsten Verwaltungsausgaben aller Stiftungen hat, die wir kennen. Sie liegen im Bereich von 10 bis 11 %; bei vergleichbaren Stiftungen liegen sie deutlich höher.

Dies ist etwas, wo die FDP die CDU am Nasenring durch die Arena führt. Denn es war die FDP, die von vornherein erklärt hat, sie wolle diese Stiftung plattmachen. Am liebsten hätte sie gesehen, dass die Stiftung überhaupt nicht mehr mit Mitteln ausgestattet wird. Sie hat sich dabei massiv gegen die CDU durchgesetzt. Es ist schon erstaunlich, dass sich der Ministerpräsident als Stiftungsratsvorsitzender bieten lässt, dass gerade diese Stiftung, die sehr viele innovative Projekte durchführt – was übrigens auch entsprechend gewürdigt worden ist –, durch Kürzungen so massiv in ihrer Existenz, kann man schon sagen, gefährdet wird. Das ist die Politik der FDP, und die CDU lässt es mit sich machen.

Ich muss sagen: Wenn wir über den Bereich Klimapolitik, Klimaschutz und gerechte Entwicklung diskutieren – das ist ja auch ein Thema, zu dem die CDU kürzlich noch erklärt hat, sie wolle sich des Bereichs Umwelt stärker annehmen –, dann ist es völlig unverständlich, dass gerade eine so innovative Stiftung, die noch nicht einmal direkt aus dem Landeshaushalt gefördert wird, in der Form unter die Räder kommt. Das ist ein starkes Stück. Wir werden das auch noch weiter aufgreifen.

**Britta Altenkamp (SPD):** Im Zusammenhang damit möchte ich gerne die Haltung des Finanzministers zu dem Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion wissen, im Prinzip 2 Millionen € zugunsten der Stiftung Wohlfahrtspflege einzusetzen.

**Vorsitzende Anke Brunn:** Das können wir bei dem entsprechenden Einzelplan noch einmal aufrufen.

*(Es folgen die Abstimmungen über die einzelplanübergreifenden Anträge sowie die Anträge bis einschließlich Einzelplan 10.)*

### **Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

**Britta Altenkamp (SPD):** Ich möchte zu dem CDU/FDP-Antrag zur Stiftung Wohlfahrtspflege Stellung nehmen. Das hängt zusammen mit dem Antrag zur Stiftung Umwelt und Entwicklung.

Wenn es denn stimmt, was Minister Laschet im Fachausschuss gesagt hat, dass erstens die Erträge zurückgehen und zweitens im Jahr 2006 tatsächlich bei 1,5 Millionen € gelegen haben, dann würde ich gern einmal die Einschätzung des Finanzministers hören, wie er einen Antrag findet, der von 2,045 Millionen € ausgeht, die durch nichts begründet sind und, gemessen an den Erträgen, im Augenblick eigentlich nicht zur Verfügung stehen, weil das letztlich kein wirklicher Aufwuchs für die Stiftung Wohlfahrtspflege ist, sondern – wie soll ich sagen? – eine Scheinbuchung.

**Volkmar Klein (CDU):** Wir sind der Meinung, dass es ein wichtiges Anliegen ist, der Stiftung Wohlfahrtspflege mehr Geld, als ursprünglich im Regierungsentwurf bereitgestellt, zu geben. Dementsprechend haben wir diese Anträge gestellt und sind im Übrigen davon ausgegangen – anders, als das eben Kollege Sagel dargestellt hat –, dass bei der Stiftung Umwelt und Entwicklung ohnehin eigentlich alles auf neue Füße zu stellen ist, einerseits was die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit angeht, andererseits was die finanzielle Grundlage dieser Stiftung angeht, weil – insofern hat Frau Kollegin Altenkamp Recht – die Einnahmen aus Oddset-Mitteln sowieso absehbarerweise zurückgehen und insofern bei der Stiftung Umwelt und Entwicklung eine andere Konzeption gebraucht wird.

Diese Stiftung hat bisher auch nicht so sparsam gearbeitet; denn mit 600.000 € Personalkosten schien uns das nicht in diese Richtung zu gehen. Dementsprechend hielten wir es für vertretbar, diesen Antrag gemeinsam mit den Auswirkungen für die Stiftung Wohlfahrtspflege zu stellen. Außerdem haben wir die meisten dazu gehörenden Anträge eben schon ohne weitere Diskussion beschlossen.

**Ewald Groth (GRÜNE):** Ich hätte gern einmal von der Landesregierung gewusst, ob es schon eine Meinungsbildung gibt, wie man denn die Stiftung über Wasser halten will, wenn man ihr jetzt 50 % der Oddset-Einnahmen kürzt. Es ist natürlich das vornehme Recht dieses Hauses, den Haushalt jenseits der Regierungsvorlage zu gestalten. Aber dann muss man sich als Regierung, die nachher mit den Ergebnissen umzugehen hat, auch Gedanken darüber machen, wie man diese Stiftung rettet. Gibt es dazu schon eine einheitliche Meinung des gesamten Kabinetts?

**MDgt Dr. Günter Berg (FM):** Ich hoffe, dass die Zahlen, die ich jetzt aus dem Kopf nenne, richtig sind; aber ich glaube, in der Größenordnung schon.

Der Haushaltsansatz 2007 beträgt 16 Millionen €, und die Ist-Einnahmen bis heute betragen um die 10 Millionen €. Wir rechnen damit, dass bis Ende des Jahres 11, vielleicht auch 12 Millionen € kommen können.

**Britta Altenkamp (SPD):** Das ist doch keine Antwort auf meine Frage. Der CDU-Antrag geht von einem höheren Ansatz aus, nämlich 2 Komma soundso viel Millionen, der Zuwachs werden soll für die Stiftung Wohlfahrtspflege. Tatsächlich hatte die Stiftung Umwelt und Entwicklung im Jahre 2006 überhaupt nur 1,5 Millionen. Was ist das denn für ein Zuwachs für die Stiftung Wohlfahrtspflege?

**MDgt Dr. Günter Berg (FM):** Ich habe jetzt nur die Zahl genannt, die im Haushaltsplan steht, und die Zahl, die sich aufgrund von elf Monaten abzeichnet. Ich habe ansonsten keine Bewertung vorgenommen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Den Haushalt kann ich auch lesen, Herr Dr. Berg!)

**Vorsitzende Anke Brunn:** Dann gab es außerdem noch die Frage von Herrn Groth, wie denn, falls diese Änderungsanträge eine Mehrheit finden sollten, mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung umgegangen werden soll. Dazu liegen uns auch allerlei Interventionen und besorgte Briefe vor. Ich erinnere daran, dass der Präses der evangelischen Kirche dazu einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben hat, der uns allen zugeleitet worden ist und den wir auch hier verteilt haben. – Bitte schön.

**Minister Dr. Helmut Linssen (FM):** Wir beraten ja den Haushalt 2007. Sie wissen, dass es auch noch gewisse Reserven bei der Stiftung gibt. Wir gehen davon aus, dass das Jahr 2007 zu bewältigen ist und dass wir dann nach entsprechender Diskussion eine Konzeption finden, die auf lange Frist tragbar ist.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Minister, da muss ich Sie jetzt doch noch mal direkt fragen: Was halten Sie von einem Antrag, der eine Summe benennt, die Zuwachs werden soll für die Stiftung Wohlfahrtspflege, die aber im laufenden Haushalt schon effektiv nicht zur Verfügung gestanden hat, vor dem Hintergrund der Berichterstattung von Herrn Dr. Berg, der sagt: „Die Mittel aus den Oddset-Erträgen werden noch weiter zurückgehen“? Also muss ich doch fragen: Wo sollen dann 2 Millionen € Zuwachs für die Stiftung Wohlfahrtspflege sein? Und ich frage den Finanzminister als „ehrlichen Kaufmann“, wie er so einen „ehrlichen“ Antrag findet.

**Ewald Groth (GRÜNE):** Herr Finanzminister, wenn Sie von Rücklagen sprechen, muss ich Sie fragen: Wie hoch sind die denn? Oder handelt es sich um das Stiftungskapital?

Der zweite Teil meiner Frage bezieht sich auf den Zuruf von Herrn Lindner, der sagte: „Da sind ja alles nur Grüne!“ Jetzt will ich Sie nicht fragen, wer da alles arbeitet; ich weiß es nicht genau. Aber das bringt mich doch zu der Frage, ob es vielleicht Hinweise darauf gibt, dass die Stiftung – die Geschäftsführung oder Mitarbeiter – nicht anständig funktioniert, oder ob es besondere Vorhalte oder was auch immer gibt. Mich irritiert das ganze Vorgehen in dem Zusammenhang, und ich würde gern mehr Klarheit darüber haben.

(Zurufe)

Vielleicht gibt es ja auch Aufklärung darüber, ob am Kabinetttisch auch so gedacht wird: „Sind ja alles Grüne, muss man sich nicht kümmern!“ Dieser Brief vom Präses der evangelischen Kirche ist ja wahrscheinlich auch bestellt worden; ich glaube, von der SPD. Oder wer war das wieder? Herr Wüst ist auch noch da und kann das gleich sicherlich auch belegen.

Mich interessiert: Gibt es Vorhalte gegenüber der Stiftung, dass da irgendwas nicht richtig läuft, wenn Herr Lindner mir hier zuruft: „Sind doch nur alles Grüne, und die müssen wir jetzt mal austrocknen!“,

(Christian Lindner [FDP]: „Austrocknen“ habe ich nicht gesagt!)

oder was ist eigentlich das Ziel der Regierungskoalition, und was meint das Kabinettt dazu?

**Volkmar Klein (CDU):** Ich muss noch etwas dazu sagen, weil Frau Kollegin Altenkamp die Zahlen unseres Antrags in Zweifel gezogen hat. Sie müssen natürlich wissen, dass es sich hier um zweckgebundene Einnahmen und dadurch gedeckte Ausgaben handelt. Sie können das im Einzelplan 20 Kapitel 20 020 auf Seite 17 nachlesen, wo genau aufgeschlüsselt ist, wie die Einnahmen aus Oddset-Mitteln verteilt werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Lesen Sie mal den alten Haushalt!)

– Wollen Sie sich jetzt was erklären lassen oder nicht?

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie können kein Geld verteilen, das nicht da ist!  
So einfach ist das!)

– Liebe Frau Altenkamp, wenn Sie zuhören, dann lernen Sie auch was. Wenn Sie dazwischenrufen, lernen Sie nichts.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wenn Sie sich anschauen, wie das mit zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben ist, werden Sie lernen, dass da 16 Millionen € Einnahmen aus Oddset etatisiert sind. Sie können natürlich fragen: Ist das eine realistische Größe für nächstes Jahr? – Diese Frage ist berechtigt. Aber für die Ausgaben bedeutet das, dass diese nur in der Höhe der zweckgebundenen Einnahmen getätigt werden können.

Auf Seite 17 des Einzelplans 20 können Sie nachlesen, wie gegenwärtig im Haushaltsplanentwurf der Regierung grob geschätzt diese zweckgebundenen Einnahmen sind und wie sie dann verteilt werden. Sie haben im Übrigen dazu keine Anträge gestellt, diese Ansätze also nicht infrage gestellt. Die Fraktionen können heute nur von dem ausgehen, was dort als Einnahme prognostiziert wird. Das sind 4,06 Millionen €, die eben jetzt sowohl auf die eine wie auf die andere Stiftung verteilt werden. Wenn aus Oddset weniger Geld einkommt, was ja theoretisch möglich ist, ist die automatische Folge, dass diese Beträge kleiner werden. Von uns hat niemand irgendwann behauptet, dass diese 2 Komma noch was Millionen Euro fest sind. Weil es sich um Ausgaben auf der Basis zweckgebundener Einnahmen handelt, ist vielmehr jedem hier im Hause klar, dass die in erster Linie davon abhängig sind, wie viel Geld bei Oddset wirklich herein-

kommt. Insofern ist es keine Frage, ob die Ausgaben richtig geschätzt sind, sondern das ist die Automatik, die sich aus der Haushaltssystematik ergibt.

**Britta Altenkamp (SPD):** Verehrter Kollege Klein, was ich gerade von Ihnen gelernt habe, ist fantasievolle Buchführung. Der Punkt ist: Sie haben sich anfangs eingelassen, dass Sie der Stiftung Wohlfahrtspflege mehr Mittel zur Verfügung stellen wollen, als im Regierungshaushalt stehen.

(Volkmar Klein [CDU]: Aus zwei Töpfen!)

– Genau, aus zwei Töpfen. Und der eine Topf steht effektiv nicht zur Verfügung, zumindest nicht in der Höhe, wie Sie angegeben haben. Das tun Sie wissentlich. Insofern stelle ich hier heute aufgrund Ihrer Äußerungen fest: Der Zuwachs, den Sie der Stiftung Wohlfahrtspflege zuschreiben wollen, ist eine Luftbuchung – nichts anderes. Der ist effektiv nicht da.

(Beifall von der SPD – Christian Möbius [CDU]: Sie kennen sich mit Luftbuchungen ja aus! – Weitere Zurufe von CDU und SPD)

**Vorsitzende Anke Brunn:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie! Wir sollten versuchen, in der Beratung weiterzukommen. Das ist sicherlich ein wichtiger Punkt; deshalb habe ich auch den Brief der Präsides erwähnt, um das nicht einfach zu übergehen. – Bitte schön, Herr Finanzminister.

**Minister Dr. Helmut Linssen (FM):** Frau Kollegin Altenkamp, Sie haben danach gefragt, was das Kabinett darüber denkt. – Das Kabinett hat sich mit den Fraktionsanträgen zu diesem Punkt bisher nicht beschäftigt. Sie wissen, das ist eine Sache der Fraktionen.

Vielleicht nur zu der Bemerkung des Kollegen Groth „Das ist alles grünes Zeug! Brauchen wir uns nicht drum zu kümmern!“:

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das war ein Zuruf von Herrn Lindner!)

Ich bitte zu rekapitulieren, was ich vorhin dazu gesagt habe, wie das nächste Jahr aussehen wird. Dann haben Sie meine Meinung dazu gehört.

**Ewald Groth (GRÜNE):** Frau Vorsitzende, mir fehlt noch eine Antwort auf die Frage, welche Rücklagen das wohl sind, ob das das Stiftungskapital ist oder ob es eventuell darum geht, was mich ja freuen würde – das müssen wir dann auch nicht weiter diskutieren –, dass in dieser etwas schwierigen Situation für alle Beteiligten der Stiftung Umwelt und Entwicklung am Ende doch noch geholfen wird.

Es ist ja eine reale Kürzung um 50 %. Ich sehe das als eine Austrocknung. Ich glaube nicht, dass das die Mehrheit in diesem Haus tragen will, die Opposition schon gar nicht.

Der Zuruf von Herrn Lindner „Da sitzen doch nur Grüne!“ macht mich etwas misstrauisch. Ich möchte gerne wissen, wer von den Grünen da sitzt, und vor allem, wer da

schlechte Arbeit abliefern. Dann muss man da sozusagen auch reingrätschen. Einverstanden!

Aber wenn es darum gehen sollte, stillschweigend diese schwierige Situation zu umgehen und zu sagen: „Wir werden darauf achten“ – genauso, wie Sie es bei den kommunalen Finanzen gesagt haben – „und wir werden ein Augenmerk darauf haben, dass es der Stiftung Umwelt und Entwicklung im nächsten Jahr nicht schlechter geht als im vergangenen Jahr“, dann möchte ich auch nichts mehr über die Rücklagen und nichts mehr über das Stiftungskapital wissen und meine Wortmeldung insgesamt zurückgezogen haben. Aber das sehe ich noch nicht so ganz. Da sehe ich im Grunde nur den Finanzminister, wie er mir treu in die Augen schaut und wie ich ihm auch gerne glauben will, dass es sein Ziel ist. Aber ich weiß noch nicht, wenn sich das Kabinett damit noch nicht beschäftigt hat, ob am Ende tatsächlich auch ein Scheck rüberwächst.

**Christian Lindner (FDP):** Ich sehe mich durch die fortwährende Bezugnahme der Kollegen der grünen Fraktion veranlasst, uns hier noch kurz zu positionieren.

Erstens. Gerade weil die Einnahmen für die Destinatäre nicht planbar sind, ist es erforderlich – und diese Entscheidung haben die Koalitionsfraktionen getroffen –, dass wir uns auf wesentliche Aufgaben fokussieren. Wir haben hier zunächst eine Priorität in der Stiftung Wohlfahrtspflege gesehen.

Zweitens. In der Stiftung Umwelt und Entwicklung sind nach unserer Auffassung auch noch Wirtschaftlichkeitsreserven vorhanden. Führen Sie sich bitte vor Augen, wie sich die Personalkosten in den vergangenen Jahren entwickelt – ich will sagen: vervielfacht – haben.

Drittens. Das ist auch dem Umstand geschuldet, dass einzelne Parteigänger der Grünen in dieser Stiftung beruflich tätig geworden sind. Ich erinnere daran, dass ein Referent aus dem haushaltspolitischen Bereich ihrer Fraktion dort tätig ist. Der einschlägigen Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass sich die Sprecherin der Stiftung selbst als Anarchistin bezeichnet – fraglich übrigens, wie das mit dem Grundgesetz vereinbart werden kann.

Viertens. Damit habe ich allerdings nicht, lieber Herr Sagel, zum Ausdruck bringen wollen, dass dort nicht handwerklich, organisatorisch, administrativ korrekt gearbeitet werden würde. Ich wollte aber unterstreichen, dass nach meinem sicheren Eindruck diese Stiftung zumindest in Teilen auch ein Tendenzbetrieb ist.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE):** Ich finde es schon ziemlich abenteuerlich, wie Sie hier argumentieren. Mir ist nicht bekannt, dass jemand, der in der Stiftung arbeitet, vom Verfassungsschutz als Anarchist oder Anarchistin beobachtet wird. Ich bitte darum, solche Behauptungen auch einmal zu überprüfen – das ist eine Aufforderung an die Landesregierung und speziell das Innenministerium –, wenn der Kollege von der FDP derartige Äußerungen ideologischer Art hier in den Raum wirft, genauso wie er vorher gesagt hat, dass dort nur Grüne arbeiten würden. Meines Wissens arbeitet unser ehemaliger Fraktionsmitarbeiter Hans Verheyen dort. Das ist, soweit ich weiß, der einzige Grüne. Ich finde infam, was Sie hier betreiben, Herr Lindner. Das ist wirklich Rhetorik übelster Art.